"Normalverdiener zahlen mehr"

Der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Lorenz Jarass warnt vor einer Abschaffung der Gewerbesteuer

Der Streit um die Gewerbesteuer ist wieder voll entbrannt. In Berlin wird darüber beraten, sie durch einen Zuschlag auf Körperschafts- und Einkommensteuer zu ersetzen. Auch die Frankfurter FDP spricht sich dafür aus. Doch der Wiesbadener Steuerexperte Prof. Dr. Lorenz Jarass warnt im FNP-Interview vor einer Abschaffung der Gewerbesteuer.

Seit Jahren klagen Städte und Gemeinden über finanzielle Probleme. Warum kommen sie mit dem Geld nicht klar?

JARASS: Die Städte bekommen immer mehr Aufgaben aufgebrummt, gerade was Familien und Kinderbetreuung betrifft. Ein Krippenplatz kostet zum Beispiel 1200 Euro im Monat, das müssen im Wesentlichen die Kommunen bezahlen. Die Einnahmen der Kommunen steigen zwar, aber bei weitem nicht so stark wie die Aufgaben, die man ihnen überträgt.

Wenn jetzt die Gewerbesteuereinnah men wieder steigen, ist das also noch kein Grund für Entwarnung

IARASS: Die Gewerbesteuer seit vielen Jahren immer wieder von der Abschaffung bedroht. Aber sie ist die einzige Steuer, die die großen

Kapitalgesellschaften in Deutschland bezahlen müssen. Sie ist – auch un-ter meinem Einfluss – 2008 reformiert worden, sie wurde weniger konjunkturabhängig. Die Steuerge stalter haben jetzt weniger Chancen, weil sie jetzt auch für die ausbezahlten Schuldzinsen Gewerbesteuer zahlen müssen, nicht nur für mehr oder weniger fiktive Gewinne.

Aber es ist doch wenig verständlich, wa-rum ich für Zinsen, die ich zahle, auch noch mit Gewerbesteuer belastet werde.

JARASS: Das ist richtig, Der kleine Bäckermeister, der sich eine neue Brezel-Backmaschine anschafft und für einen Kredit nicht nur Zinsen, sondern auch noch Gewerbesteuer zahlen muss, hat dafür kein Verständnis. Aber unser Problem ist, dass es nicht nur kleine Bäckermeister gibt. Deutschland wird dominiert von großen, international verflochte-nen Gesellschaften wie zum Beispiel Ikea. Denen gelingt es, die Kapital-entgelte, die sie in Deutschland erwirtschaften, weitgehend steuerfrei ins Ausland zu transferieren. Wenn man das so lässt, dann zahlt nur noch der kleine Bäckermeister Steu-em auf seinen Gewinn. Man muss deshalb nicht nur die Gewinne, son dem auch die ausbezahlten Schuld-zinsen und die ausbezahlten Lizenzgebühren besteuern. Für den kleinen Bäckermeister gibt es Freibeträge und die großen Konzerne müssen wieder Steuern zahlen.

Trotzdem schwanken die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sehr stark. Die Städte können sich nicht darauf verlas-

JARASS: 2002 lag das Aufkommen bundesweit bei rund 20 Milliarden Euro. 2005 waren es bereits 30 Milliarden Euro, in der Spitze 2008 sogar 40 Milliarden Euro. Jetzt ist sie wieder auf 30 Milliarden Euro zurück-

gegangen. Das sind immer noch zehn Milliarden mehr als 2002. Es gibt keine andere Steuer, die nach haltig einen solchen Zuwachs hat. Das liegt daran, dass man sie jetzt nicht mehr so leicht umgehen kann. Wenn man die Einnahmen noch weiter verstetigen will, sollte man auch die Freiberufler einbeziehen. Deren Einkommen sind noch etwas stabiler als die der Gewerbetreiben-

Wäre das nicht eine Steuererhöhung?

JARASS: Das wäre keine Steuererhöhung, weil die Freiberufler die Gewerbesteuer bei der Einkommen-steuer anrechnen lassen könnten. Das wäre auch eine gewisse Bremse für Steueroptimierer.

Zahlen deutsche Unternehmen im inter nationalen Vergleich nicht ohnehin schon zu viele Steuern?

JARASS: Die Steuerbelastung ist im internationalen Vergleich an der uninternationaien vergieien an der un-tersten Grenze. Kein westliches Land besteuen den Besitz von Vermögen so niedrig wie Deutschland. Wir ha-ben mit die niedrigste Grundsteuer, wir haben eine

Das Montags-

Interview

mit Prof. Dr. Lorenz Jarass

sehr niedrige Erbschaftssteuer, und wir haben eine extrem niedrige Besteuerung von Vermögen.

Die Gewerbesteuer ist sehr ungleich

verteilt. Von den 30 Milliarden Euro entfällt rund eine Milliarde allein auf Frankfurt. Daneben gibt es Städte, die wenig Einnahmen haben. Spricht diese ungleiche Verteilung nicht gegen die Ge-

IARASS: Zum einen muss Frankfurt a einen Teil der Erträge abgeben Zum anderen brauchen wir auch Steuern, die die Ansiedlung von lästigen Betrieben fördern. Umweltbe-lastende, laute Betriebe sind in einer Gemeinde nie geme gesehen. Die Gewerbesteuer bietet einen Anreiz, dafür Flächen auszuweisen.

Im Raum Frankfurt gibt es aber vor allem Finanzdienstleister, die jeder gerne haben möchte. Die Deutsche Börse zum Beispiel zieht wegen der niedrigeren Ge-werbesteuer nach Eschborn. Ist diese Konkurrenz nicht ein Problem?

JARASS: Da habe ich umgedacht. Früher habe ich gedacht, dieser Wett-bewerb sei schlecht, weil er dazu führt, dass die Unternehmen dorthin gehen, wo die Steuersätze besonders niedrig sind. Ich glaube aber, dass Eschbom einen positiven Effekt hat. Erstens führt der niedrige Steuersatz von 280 Prozent dazu, dass Frankfurt den Hebesatz für die Gewerbesteuer nicht von heute 460 Prozent auf 600, 700 oder 800 Prozent erhöht, Zweitens stehen wir ja auch im interna-tionalen Wettbewerb. Es nutzt Frankfurt, wenn ein Teil der Geschäfte, die ganz leicht auch nach Luxemburg verlegt werden könnten, in einer Niedrigsteuer-Gemeinde in der Nä-he abgewickelt werden. Andererseits muss man natürlich auch Extreme ausschalten. Deshalb wurde unter meiner Mitwirkung durchgesetzt, dass es einen Mindest-Hebesatz bei der Gewerbesteuer gibt, nämlich 200 Prozent. Vielleicht müsste man da noch nachjustieren und den Min-destsatz auf 300 Prozent anheben



Fotos: Martin Weis

und einen Höchstsatz von 500 Pro zent einführen. Man muss aber auch sehen, dass Eschborn jede Fläche zubetoniert, scheußliche Hochhäuser baut und im Wesentlichen von der kulturellen Attraktivität Frankfurts lebt. Es ist Aufgabe des Landes Hes-sen, dem einen Riegel vorzuschieben und solchen Gemeinden auch die Kosten aufzuerlegen, die sie verursa-chen. Zum Beispiel für die Verkehrsanbindung.

Müsste man die Verteilung der Finan zen in der Region nicht grundsätzlich

JARASS: Man müsste Frankfurt auch die Möglichkeit eröffnen, dass denje-nigen, die in der Stadt Steuem zahlen, Vergünstigungen für die kultu-rellen Leistungen zu gewähren. An-gebote wie Kindergärten sollten in erster Linie den eigenen Bürgem zu-gute kommen, die sie finanzieren.

Se gibt verschiedene Vorschläge zur Re-form der Gemeindefinanzen. Was wür-de passieren, wenn die Gewerbesteuer durch einen Zuschlag auf Lohn- und Einkommensteuer oder einen höheren Anteil der Gemeinden an der Mehrwertsteuer ersetzt würde?

JARASS: Um die heutige Gewerbesteuer durch die Mehrwertsteuer zu ersetzen, müsste man diese von heute 19 auf 23 oder 24 Prozent erhöhen. Wenn man nur die Hälfte da-durch ersetzen würde, blieben 15 bis 20 Milliarden Euro übrig. Die müss 20 Milliarden Euro uorig, Die muss-ten durch einen kommunalen Zu-schlag auf die Lohn- und Einkom-mensteuer sowie die Körperschafts-steuer ausgeglichen werden. Die Kör-perschaftssteuer ist zu vernachlässigen. Das heißt: Es würden vor allem die kleinen und mittleren Lohn- und Einkommensteuerzahler mehr zahlen. Daneben gibt es noch einen zweiten Effekt: Frankfurt müsste einen relativ hohen Hebesatz verlangen. Das heißt, die Normalverdiener würden dort noch mehr zahlen. Die Gutverdiener in den reichen Voror-ten würden nur mit einem geringen Zuschlag belastet.

Würde dann eine Flucht aus der Stadt in die Umlandgemeinden einsetzen?

JARASS: Die gut verdienenden Leute würden weiter im schönen Frank-furt in privilegierten Lagen wohnen, würden aber ihren bisherigen Zweitwohnsitz auf dem Land zum Erst-wohnsitz machen und dort ihre Steuem abführen.

Es gab schon 2002/2003 eine Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen, der Sie auch angehört haben. Wa-rum wird das Thema jetzt schon wieder

JARASS: Die FDP und Teile der CDU wollen die Abschaffung der Gewerbesteuer – gestützt auf die In-teressen der großen Konzeme. Aber es gibt auch starke Kräfte in der CDU, die strikt gegen eine Abschaf-fung der Gewerbesteuer sind. Wir haben es im Wesentlichen der Frank-furter Oberbürgermeisterin Petra Roth zu verdanken, dass es die Gewerbesteuer heute noch gibt.

Was wird bei der neuen Reformkommis sion im Herbst herauskommen

JARASS: Es wird genau das Gleiche wie damals herauskommen: Man wird die Gewerbesteuer beibehalten. und man wird feststellen, dass sie ausgebaut werden muss. Sie ist eine sehr moderne Steuer, weil sie unmit telbar an der Wirtschaftsleistung von Ort anknüpft.

Das heißt, die Städte müssen sich keine Sorgen machen?

IARASS: Sie müssen sich auf der Einnahmenseite Sorgen machen, weil wir in Deutschland im internaweit wir in Deutschland im interna-tionalen Vergleich bei Unternehmen und Vermögen die niedrigste tat-sächliche Steuerbelastung haben. Das trifft vor allem die Städte und Gemeinden. Um dagegen etwas zu tun, könnten sie zum Beispiel bei der Grundsteuer ansetzen. Derzeit zahlen die Leute in den Mietwohnungen prozentual mehr als die Ei-gentümer von Villen. Man müsste die Grundstücke neu bewerten. Der Bundesgerichtshof hat erst in diesen Tagen eine generelle Neubewertung dringlich angemahnt. Wer in guten Lagen in großen Häusern wohnt, müsste dann mehr Steuern bezahlen, aber das muss man politisch auch durchsetzen. Man könnte auch den Hebesatz bei der Grundsteuer erhöhen, aber das wird sich kaum ei-ne Partei trauen, weil es dann einen Aufschrei gibt.



Lorenz Jarass im Gespräch mit FNP-Redakteur Günter Murr

ZUR PERSON Ein Kritiker des Steuersystems

Das Geld der Städte und Gemeinden be schäftigt Lorenz Jarass schon lange: 2002 2003 war der Wirtschaftswissenschaftler Mit-glied der Kommission, die sich für die Bundesregierung Gedanken über die Zukunft der Kommunalfinanzen machte. Für den Bayerischen Städtetag entwickelte er ein Alternativmodell. Geboren wurde Jarass 1951 im niederbayerischen Deggen dorf. Er studierte in Regensburg und in Stan-ford (USA). Seine Doktorarbeit schrieb er über das Thema Windenergie. Nach wie vor ist die Energieversorgung - neben der Steuer-

olitik – einer seiner Arbeitsschwerpunkte. Er gilt als einer der schärfsten Kritiker des deutschen Systems der Unternehmens-besteuerung. Seit 1986 ist Jarass Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule Rhein-Main in Wiesbaden. Er hat elf Bücher verfasst, unter anderem zur Unternehmenssteuerreform, und berät unter anderem die Europäische Kommission, das Europäische Parlament sowie den Deutschen Bundestag, Bei der Bundestagswahl 1994 kan-didierte er für die Grünen im Wahlkreis Wiesbaden, mu